

# Darmbach wird nicht offengelegt

**ECHO-Thema** – Oberbürgermeister stoppt umstrittenes Projekt – Regierungspräsidium verzichtet auf Anordnung

VON KLAUS HONOLD

Der Darmbach wird in der Innenstadt nicht offengelegt. Dies teilte gestern Oberbürgermeister Walter Hoffmann mit. Er zog damit die Konsequenzen aus dem Gutachten zur Effizienz dieses Projekts, das am Tag zuvor bekannt geworden war. „Daraus ergibt sich ganz klar, dass es keine zwingenden Gründe gibt, den Darmbach offenzulegen und von der Kläranlage abzukoppeln, auch nicht aus ökologischen Gründen“, erklärte Hoffmann. „Damit ist das Projekt aus meiner Sicht beendet.“

Man werde jetzt prüfen, welche schon begonnenen Arbeiten fertiggestellt werden müssen. Das betreffe vor allem den Wasserlauf vor dem Darmstadium. Dort ist inzwischen für 350 000 Euro eine Betonrinne angelegt worden, durch die ursprünglicher Planung zufolge später mal der Darmbach fließen sollte. Zunächst jedoch plätschert durch diese Art langgezogenen Brunnen nur Oberflächenwasser, das am einen Ende abgepumpt und am anderen Ende wieder eingespeist wird – dabei bleibt es nun auch.

Fertig geplant ist die Offenlegung von der Rudolf-Mueller-Anlage hinab bis zum Schlossgraben sowie von da bis zum Herrngartenteich. Diese Planung umzusetzen, sei – so Hoffmann gestern – „aber kaum noch zu rechtfertigen“.

## „Kläranlage wird nicht beeinträchtigt“

Gerechtfertigt wurde das Projekt über viele Jahre hinweg mit dem Hinweis auf deutsche Gesetze und europäische Richtlinien. Danach sei es zwingend geboten, den Darmbach von der Kläranlage abzukoppeln. Dorthin fließt das im Ostwald entspringende Gewässer nämlich seit mehr als hundert Jahren – unterirdisch in den Rohren der Kanalisation.

Die Stadt bezog sich dabei auf

ein Schreiben vom 10. November 2004, in dem das Regierungspräsidium unter Berufung auf Paragraph 7 a des Wasserhaushaltsgesetzes verlangte, „den Fremdwasserzufluss von der Kläranlage abzuklemmen“ – gemeint war der Darmbach. Das Schreiben war von dem Baudirektor Helmut Migge verfasst worden. Migge bekräftigte diese Ansicht mehrfach und betonte, die Einleitung von Frischwasser, wie es der Darmbach zuführe, verdünne die Klärmasse derart, dass die Kläranlage weniger effizient arbeite.

Erst im Dezember des vergangenen Jahres räumte Migge ein, dass es sich dabei um „eine Interpretation des Gesetzes“ gehandelt habe. Unterdessen war vom Klärwerksbetreiber HSE zu hören gewesen, dass die Funktion der Kläranlage durch Einleitung des Darmbachwassers keineswegs beeinträchtigt sei. Offiziell wollte die HSE-Geschäftsführung das allerdings zum damaligen Zeitpunkt nicht wiederholen. Das Gutachten des TU-Abwasserexperten Peter Cornel bestätigt diese Tatsache nun auch wissenschaftlich.

Anfang Dezember wurde außerdem bekannt, dass die „rechtliche Interpretation“ des Baudirektors Helmut Migge juristisch auf recht schwachen Füßen stand. Zwar stellte sich Regierungspräsident Gerold Dieke hinter seinen Mitarbeiter und versicherte, auch er würde die Abkoppelung des Darmbachs von der Kläranlage „begrüßen“. Das Hessische Umweltministerium teilte jedoch mit, dass sich der von Migge zitierte Paragraph 7 a auf die Einleitung von Brauchwasser in natürliche Gewässer bezieht, nicht aber auf die Einleitung natürlicher Gewässer in Kläranlagen.

Regierungspräsident Gerold Dieke verzichtete schon damals darauf, eine Anordnung zu erlassen. Er begnügte sich mit der Bemerkung, man erwarte von der Stadt gesetzestreu handeln.

Vom 3. bis 8. Dezember veröffentlichte das ECHO eine Artikel-

serie, in der aufgedeckt wurde, dass die Befürworter des Darmbachprojekts jahrelang das Stadtparlament und die Öffentlichkeit über die angebliche Notwendigkeit der Offenlegung getäuscht hatten. Mit dem Hinweis, man werde dazu ja „gezwungen“, war jede Diskussion darüber verhindert worden, ob das Zentrum einer Großstadt der richtige Ort für einen Bach sei, und ob dafür viele Millionen Euro ausgegeben werden sollen.

Allein der erste Abschnitt vom Woog bis zum Herrngarten sollte je nach Berechnungsart acht bis 13 Millionen Euro kosten. Der zweite Abschnitt bis zur Kläranlage wäre wegen des aufwendigen Bachlaufbaus in den engen Johannesviertelstraßen deutlich teurer geworden – und erst dieser zweite Abschnitt hätte die angebliche Bedingung der Abkopplung von der Kläranlage erfüllt. Zudem wären die Abwassergebühren gestiegen.

## Nicht mehr für Darmbach zuständig

Die Serie im ECHO löste noch im Dezember eine heftige politische Diskussion aus. Oberbürgermeister Hoffmann kündigte damals schon an, das Darmbachprojekt zu stoppen, musste dies jedoch mit Rücksicht auf den Koalitionspartner Grüne zurückziehen. Die Grünen waren von Anfang an Fans des offen durch die Stadt fließenden Darmbachs. Sie unterstützten auch die Agenda-21-Gruppe „Wasser in der Stadt“ – eigentlicher Geburtsort des Darmbachprojekts. In der Agendagruppe arbeitete auch Ulrich Ranly mit, der den Grünen angehört. Als Angestellter im Stadtplanungsamt trieb er städtischerseits das Projekt voran.

Und noch ein anderer hat in der Agenda-Gruppe mitgewirkt: Helmut Migge. Dies berichtete der OB gestern. Migge war seinerzeit Dezernatsleiter. Das ist er inzwischen nicht mehr. Behördensprecher Gerhard Müller versicherte gestern, dies habe „mit dem Darmbach nichts zu tun“. Um Stellen zu sparen, habe das Regierungspräsidium Ressorts zusammengelegt. So sei auch Migge zu einer neuen Aufgabe gekommen. Um den Darmbach kümmere sich jetzt eine Kollegin.

Regierungspräsident Dieke jedenfalls frohlockte gestern: Die Diskussion habe „einen positiven Ausgang genommen“. Zwar halte er „an unserer ursprünglichen Beurteilung fest“. Doch dank dem Gutachten von TU-Professor Cornel sei klar, „dass die vom Regierungspräsidium erwogene wasserrechtliche Anordnung unverhältnismäßig wäre“ – man nehme daher „Abstand davon“. Auch weil die Anordnung „vor Gericht vielleicht nicht standgehalten hätte“. Der Darmbach sei nun allein eine Angelegenheit der „kommunalen Gestaltungsfreiheit“.